

---

/// Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf die Kriminalität

# DIE AKTUELLE SICHERHEITSLAGE IM KONTEXT DER ZUWANDERUNG IN BAYERN

---

**ROBERT HEIMBERGER** /// Das grenznahe Bayern hat seit der Flüchtlingskrise eine große Zahl von Asylbewerbern abzuwickeln. Seither ist auch die Anzahl der Straftaten gestiegen, vor allem in Asylbewerberunterkünften. Auf die rechtsextremistische Szene hat sich die aktuelle Situation in Deutschland entsprechend ausgewirkt, die Bevölkerung soll durch rechte Hetze verunsichert werden. Die Polizei beobachtet Islamisten und islamistische Gefährder engmaschig, um potenzielle Attentate zu verhindern.

Bayern war lange Zeit das Ziel der Haupteinreisroute von Flüchtlingen. Die Erstversorgung der überwiegenden Anzahl der Flüchtlinge war von den bayerischen Behörden zu gewährleisten. Insbesondere ab Mai 2015 stiegen die Zuwanderzahlen stetig – beinahe exponentiell – nach oben. Erst mit der Schließung der Balkanroute im Frühjahr 2016 ging der Zustrom von Flüchtlingen nach Bayern erheblich zurück. Laut Ausländerzentralregister sind derzeit im Freistaat mehr als 1,7 Millionen Ausländer erfasst. Von diesen Nichtdeutschen sind rund 185.000 Personen Zuwanderer, also Personen mit dem Aufenthaltsstatus Asylbewerber, Geduldeter, Kontingentflüchtling, international / nationaler Schutzberechtigter und Asylberechtigter sowie Personen unerlaubten Aufenthaltes. Aufgrund der aktuellen

Situation in Syrien ist die Anzahl der Zuwanderer aus diesem Land mit 24 % aller registrierten Personen deutlich führend, gefolgt von Afghanistan mit einem Anteil von 15 % und dem Irak mit einem Anteil von 13 %.

## Zunahme von Straftaten

Der überwiegende Teil der erfassten Ermittlungsvorgänge aus dem Jahr 2016 mit tatverdächtigen Zuwanderern betrifft den Bereich Rohheitsdelikte mit rund 33 % aller Straftaten ohne die ausländerrechtlichen Verstöße und bei deutlich steigender Tendenz im Vergleich zum Vorjahr. Tatverdächtige aus Syrien, Afghanistan, Irak und Nigeria sind hier besonders auffällig, ca. zwei Drittel der Opfer sind dabei ebenfalls Zuwanderer. Tatörtlichkeit dieser Delikte stellen zum größten Teil die Asyl-



**Die Aufgaben der Polizei sind durch die Flüchtlingskrise enorm gestiegen.**

bewerberunterkünfte dar. Der zweitgrößte Deliktsbereich sind mit ca. 25 % die Vermögens- und Fälschungsdelikte. Die Diebstahlsdelikte liegen bei einem Anteil von etwa 20 %, wobei insbesondere bei Ladendiebstählen die Fallzahlen sinken. Im Bereich Wohnungseinbruchdiebstahl sind vor allem Tatverdächtige aus dem Balkanraum und den ehemaligen Sowjetrepubliken zu verzeichnen. Die Zahl der durch Zuwanderer begangenen Sexualdelikte weist mit etwa 504 Fällen (298 Fälle im Jahr 2015) eine deutliche Steigerung im Verhältnis zum Vorjahr auf. Die Tatverdächtigen kommen überwiegend aus Afghanistan, Syrien und dem Irak. In ca. zwei Dritteln der Fälle sind die Opfer deutsche Staatsangehörige. Der Großteil der Taten ereignete sich in Asylbewerberunter-

künften oder im häuslichen Umfeld, ungefähr jedes fünfte Delikt geschah im öffentlichen Raum.

Hervorzuheben sind die kontinuierlich steigenden Deliktszahlen im Bereich der Rauschgiftkriminalität und die auffallende Belastung der Städte München und Nürnberg. Den Hauptanteil der Tatverdächtigen bilden dabei Zuwanderer aus den Ländern Afghanistan, Syrien und Irak. Die Anzahl der

**Brennpunkt der Polizeieinsätze sind die ASYLBEWERBERUNTERKÜNFTE.**

Straftaten gegen das Leben stiegen 2016 in Bayern deutlich, wobei die Zuwanderer in diesem Deliktsbereich überproportional vertreten sind. Insgesamt handelte es sich um 76 Fälle überwiegend im Versuchsstadium. In 10 Fällen wurde das Opfer getötet. Auch hier ereigneten sich mehr als zwei Drittel der Fälle innerhalb einer Asylbewerberunterkunft. In einem Fall im Versuchsstadium war die Geschädigte eine deutsche Betreuerin von Asylbewerbern. Herausragende Fälle der versuchten Tötung waren im Juli 2016 die islamistisch motivierte Attacke eines 17-jährigen afghanischen Flüchtlings in einem Regionalzug in Würzburg sowie der erste islamistisch motivierte Selbstmordanschlag eines syrischen Flüchtlings in Ansbach.

Bei Straftaten zum Nachteil von Zuwanderern wurden größtenteils, nämlich bei ca. 76 % aller Fälle, andere Zuwanderer als Tatverdächtige ermittelt. Zusätzlich spricht bei der Betrachtung von nicht aufgeklärten Straftaten in Asylbewerberunterkünften vieles dafür, dass der Anteil von Zuwanderern als Tatverdächtige zum Nachteil von Zuwanderern noch höher anzusetzen ist und dass viele Taten erst gar nicht zur Anzeige gebracht werden.

### **Die Problemstellung aus Sicht des Staatsschutzes**

Bei den vorgenannten Zahlen stellt sich unter anderem die Frage, welche Problemstellung sich nun insbesondere aus Sicht des polizeilichen Staatsschutzes ergibt. Besonders gravierend sind die Folgen der Flüchtlingssituation auf die Stärkung der rechtsextremistischen Szene. Laut Verfassungsschutzbericht 2015 sind ca. 2.200 Personen in Bayern dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen. Davon sind ca. 1.000 Personen

gewaltorientiert. Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität (PMK) „rechts“ war 2015 eine Zunahme sowohl der Delikte insgesamt als auch der Gewaltdelikte zu verzeichnen. Hier ist eine signifikante Steigerung im Themenfeld „Ausländer- / Asylthematik“ zu erkennen, korrespondierend mit den Unterthemen „Unterbringung von Asyl-

**Bei Straftaten gegen Unterkünfte von Asylbewerbern kommen die Tatverdächtigen häufig NICHT zwangsläufig aus der einschlägigen rechten Szene.**

bewerbern“, „gegen Asylunterkünfte“, „fremdenfeindlich“ und „rassistisch“. Ein leichter Rückgang der Straftaten waren im Unterthemenfeld „antisemitisch“ (Hasskriminalität) zu verzeichnen.

2016 wurden in Bayern 94 Fälle PMK gegen Asylunterkünfte begangen. Dies bedeutet eine Steigerung zum Vorjahreszeitraum um 21 %. Ursächlich hierfür war u. a. die steigende Anzahl an potenziellen Tatgelegenheiten, die schwierige Unterbringungssituation der Asylbewerber als Anknüpfungspunkt für die rechte Szene und die zunehmende Besorgnis vor islamistischen Anschlägen.

Generell zeigt sich, zum Beispiel an der bundesweiten Auswertung des BKA im Zusammenhang mit Angriffen auf Asylbewerberunterkünfte, dass häufig Tatverdächtige ermittelt werden, die zuvor noch nicht einschlägig „rechts“ in Erscheinung getreten sind. So waren es

im Jahr 2015 551 Tatverdächtige, bei 135 von ihnen waren Staatsschutzvorkenntnisse vorhanden. Gleichwohl ermitteln die Staatsschutzbehörden von Bund und Ländern bei diesen Fällen selbstverständlich auch in Richtung rechtsterroristischer Strukturen.

### **Terrorangst in Deutschland**

In der Bevölkerung ist die Sorge vor Terroranschlägen in Deutschland sehr groß. Dadurch wird der rechten Propaganda neues Potenzial eröffnet, welches diese auch ausgiebig nutzt. Vielen Bürgern ist der Unterschied zwischen muslimischen Flüchtlingen und islamistischen Terroristen bekannt, doch es werden Zweifel durch die rechte Hetze gesät.

Unbestritten ist durch die Flüchtlingssituation potenziellen Attentätern eine weitere Möglichkeit gegeben, unerkannt nach Europa einzureisen. Die Fälle aus Paris und Brüssel belegen eindeutig, dass die Flüchtlingsrouten genutzt werden. Fakt ist, dass die Mehrzahl aller Terroristen bislang im eigenen Land radikalisiert wurde. Wir sprechen hier vom sogenannten „home grown terrorism“. Sicherlich müssen wir auch davon ausgehen, dass sich angesichts der enorm hohen Zahlen an Asylantragstellern sowohl aktive als auch ehemalige Mitglieder, Unterstützer oder Sympathisanten von terroristischen Organisationen unter den Antragstellern befinden. Ebenso kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Einzelpersonen mit extremistischer Gesinnung oder Kriegsverbrecher unter den Flüchtlingen befinden. Solchen Hinweisen, die aktuell zu nehmen, wird in jedem Einzelfall umgehend nachgegangen. Bundesweit sind aufgrund dieser Hinweise mehr als 100 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

Bekannte Personen, von denen eine Gefahr ausgehen könnte, werden von der Polizei besonders im Auge behalten. Wir klassifizieren sie als „Gefährder“ oder „relevante Personen“. Die Anzahl dieser Personen in Bayern bewegt sich in beiden Kategorien jeweils im mittleren zweistelligen Bereich.

Gegen Islamisten aus Bayern, die in Richtung Syrien bzw. Irak gereist sind, die solche Reisen planen oder dort agierende islamistisch terroristische Organisationen unterstützen, werden die jeweils erforderlichen Maßnahmen in enger Kooperation mit den zuständigen Sicherheitsbehörden durchgeführt.

Von den rund 100 bekannten Personen halten sich derzeit ca. 28 im Krisengebiet auf. Zu zehn Personen liegen Hinweise vor, dass sie in Syrien oder im Irak verstorben sind. 20 Personen, die sich im Krisengebiet aufhielten, sind bereits wieder nach Bayern zurückgekehrt. Unser Ziel ist es, möglichst viele der Ausreiseplanungen frühzeitig zu erkennen, um deren Verwirklichung zu unterbinden. Wir schöpfen dabei alle gesetzlichen Möglichkeiten im Verwaltungs- und Ausländerrecht aus. ///



### **/// ROBERT HEIMBERGER**

ist Präsident des Bayerischen Landeskriminalamtes, München. Er leitete 2014 und 2015 den Planungsstab und die Einsatzleitung des G7-Gipfels in Elmau.